

Weiterentwicklung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Thiess Büttner
Universität Erlangen-Nürnberg

*Dillinger Europatage:
Aus der Vergangenheit Lernen – Zukunft gestalten
Dillingen, 11.2.2019*

Agenda

1. Wirtschaftliche Integration in Europa
2. Währungsunion
3. Diagnose
4. Reform
5. Fazit

1. Wirtschaftliche Integration in Europa

- Gemeinsamer Binnenmarkt
- Freier Kapitalverkehr
- Freizügigkeit

1. Gemeinsamer Binnenmarkt

- Freihandel und Wegfall von anderen Hemmnissen
- Gemeinsame Handelspolitik
- Marktgrößeneffekte: global und intern
- Ausnahmen von Dienstleistungen, gemeinnützige Sektoren

1. Freier Kapitalverkehr

- Direktinvestitionen (I) und multinationale Unternehmen
- Internationalisierung der Ersparnisse (S)
- Standortkonkurrenz
- Steuerwettbewerb

1. Freizügigkeit

- Agglomeration und Spezialisierung
- Personelle und regionale Verteilungseffekte
- Nationaler Wohlfahrtsstaat schafft Migrationsanreize
- (Schengen und nationale Staatsbürgerschaft)

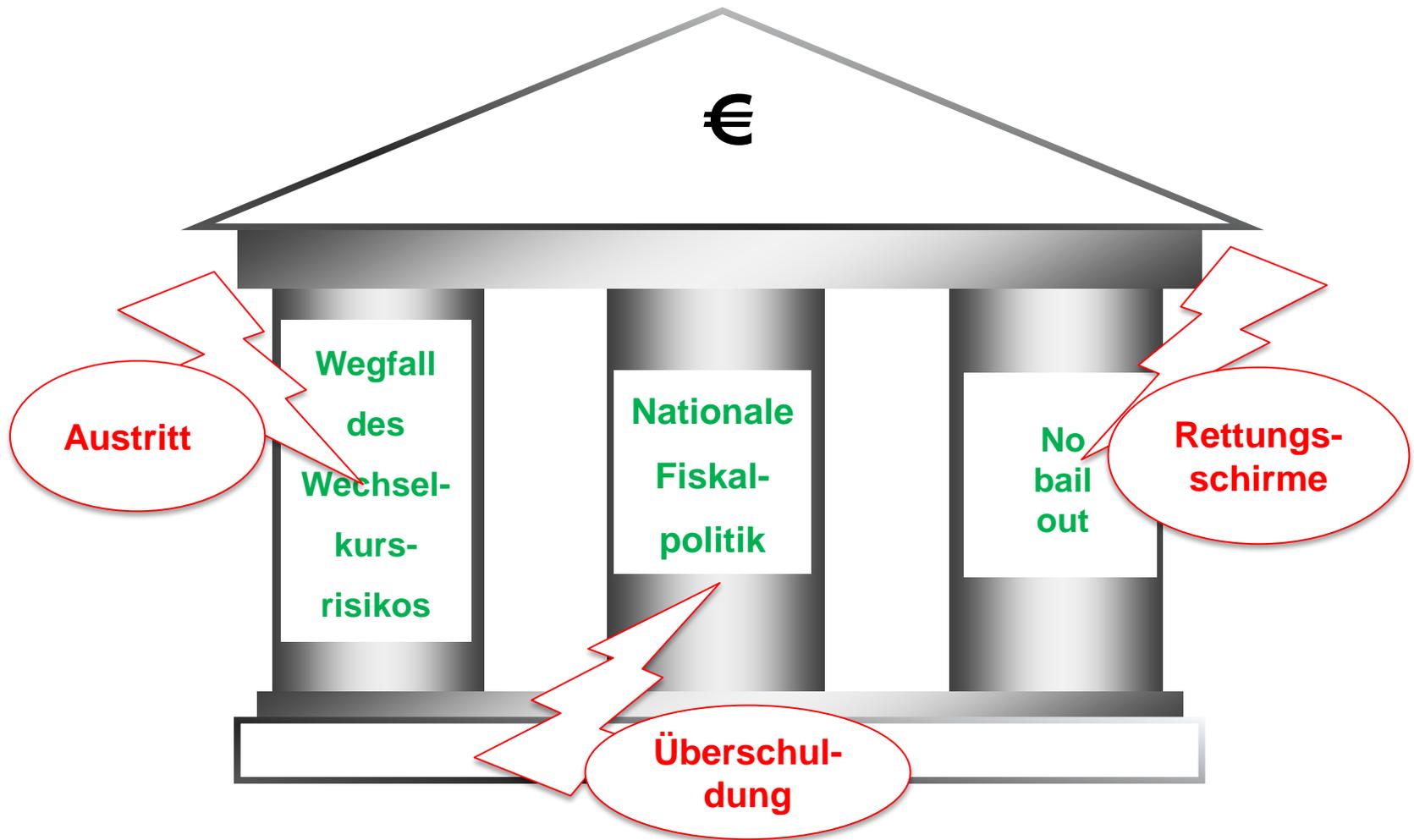
2. Währungsunion: Ansatz

- Einheitliche Währung
- Europäisierung der Geldpolitik
- Wegfall des Abwertungsrisikos
- Souveränität: Nationale Fiskalpolitik
- Eigenverantwortung: No Bail-Out

2. Währungsunion: Konzeption

- Unabhängigkeit der EZB
- Keine Staatsfinanzierung (Art. 123 AEUV)
- Haftungsausschluss (Art. 125 AEUV)
- Konvergenzkriterien
- Stabilitäts- und Wachstumspakt

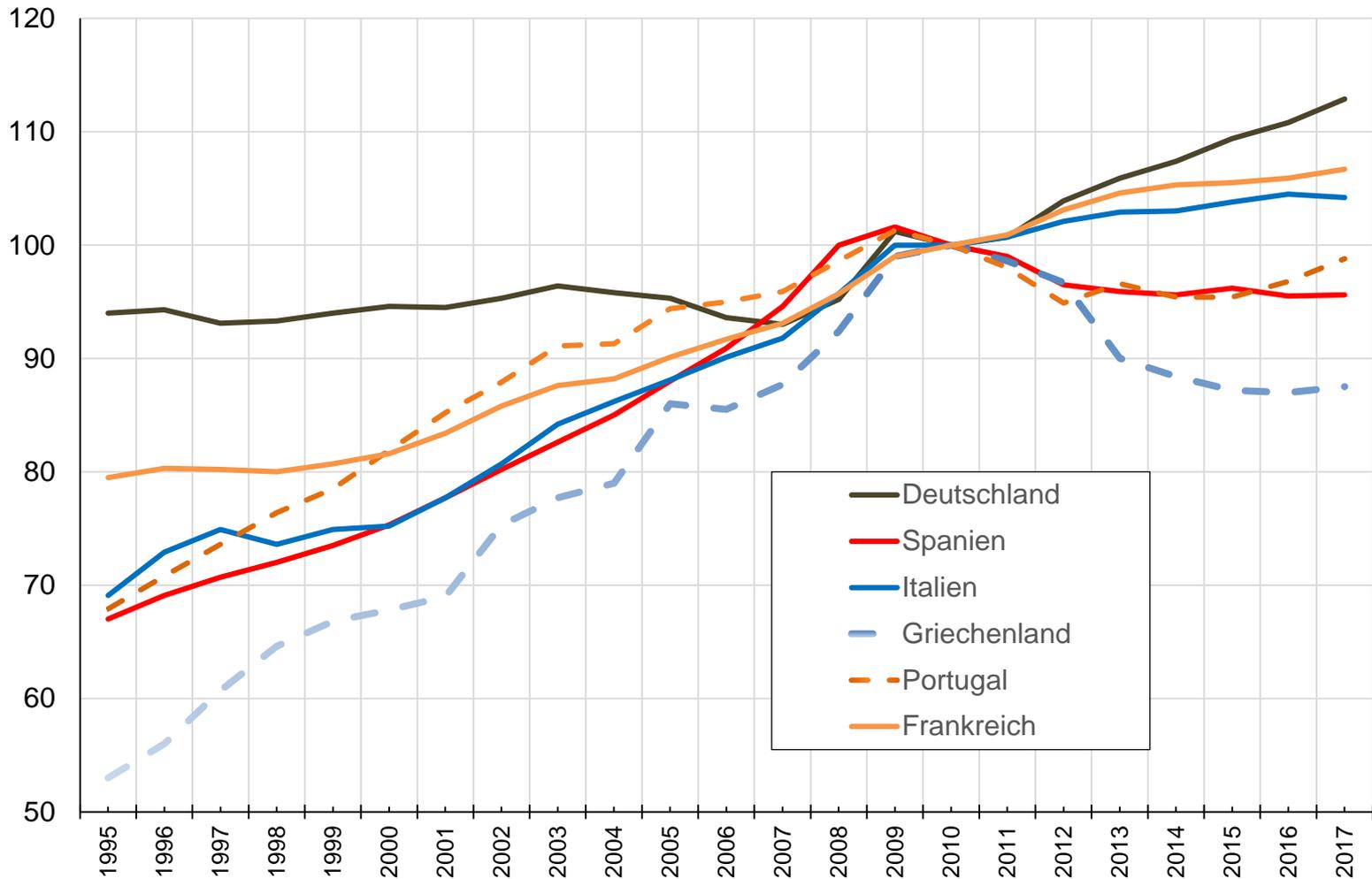
2. Währungsunion: Nachhaltigkeit



3. Diagnose

- Divergenz der Preisentwicklung
- Entwicklung erheblicher Disparitäten bis zur Finanzkrise
- Leistungsbilanzungleichgewichte
- Lohnstückkosten: Lohnkosten/Arbeitsproduktivität

3. Diagnose: Lohnstückkosten



Quelle: Eurostat 2019, Personenkonzept, 2010=100

3. Diagnose

- Preisanpassung ohne Wechselkurse unzureichend
- Erfahrungen mit dem Europäischen Währungssystem (EWS)
- Zeitinkonsistenz und Glaubwürdigkeit
- Irreversibilität: erhebliche Austrittskosten

3. Diagnose

- Irreversibilität als Instrument
der Selbstbindung
- Konvergenzkriterien



- Strukturelle Reformen, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes
- Politische Festlegung des Beitritts zur Währungsunion

3. Diagnose

- Irreversibilität ermöglicht politische Instrumentalisierung:

Ziel der Schaffung einer **fiskalischen und politischen Union**

- Krisen als Moment für den Ausbau der Integrationsarchitektur
- Zeitinkonsistenz und fehlende Glaubwürdigkeit

4. Reform

Reformansätze

- A: Fiskalunion
- B: „Maastricht 2.0“

4. Reform A: Fiskalunion als Vollendung der Integration

Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden

Vorgelegt von:

Jean-Claude Juncker

in enger Zusammenarbeit mit

Donald Tusk

Jeroen Dijsselbloem

Mario Draghi

und **Martin Schulz**



Der Bericht der fünf Präsidenten vom 22. Juni 2015

4. Reform A: Fiskalunion

- EU Haushalt mit eigenen Steuern und Verschuldung
- Budget der Eurozone: „makroökonomische Stabilisierungsfunktion“
- Europäische Arbeitslosenversicherung
- Schuldentilgungsfonds, Eurobonds
- *European Safe Bonds* (ESBies)
- Europäischer Währungsfonds

4. Reform A: Fiskalunion

		Entscheidungsgewalt über die Verschuldungspolitik	
		dezentral	zentral
Haftung für Staatsschulden	No-Bailout-Regel gilt, Ausschluss der Solidarhaftung	Eurozone mit fiskalpolitischer Selbstverantwortung	
	Solidarhaftung		Eurozone mit zentralistischer Fiskalpolitik

Logik der fiskalpolitischen Arrangements in der Eurozone nach Wissenschaftlicher Beirat beim BMF (2012)

4: Reform B: Maastricht 2.0*

- Nationale Budgetautonomie und Eigenverantwortung
- Festigung der Fiskalregeln (Fiskalpakt)
- Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)
- Strukturreformen in den Mitgliedstaaten
- Aufhebung des Banken-Staaten Nexus

* Siehe Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftl. Entwicklung (2012), siehe auch Dieter (2012)

4. Reform B: Maastricht 2.0 – Bankenunion

- Europäische Bankenunion
- Gemeinsame Bankenaufsicht
- Einheitliche Bankenabwicklung
- Eigenbeteiligung von Anteilseignern und Gläubigern
- Fiskalische Letztabsicherung
- Europäische Einlagensicherung

4. Reform B: Maastricht 2.0 – Staatsschulden

- EZB kein *Lender of Last Resort* für Staatsanleihen
- Geordnetes Insolvenzverfahren
- *Collective Action Clauses*
- Staatsanleihen und Bankenregulierung
- Austritt aus der Währungsunion als *Ultima Ratio*

5. Fazit

- Gezielte Alternativlosigkeit:

Politische Instrumentalisierung von Krisen

- Demokratiedefizit: Europa der Eliten
- Gegensatz zu „*Piecemeal social engineering*“ (Popper)
- Nationalistische Gegenbewegungen auch in Kernländern der Union:
„Die populistische Versuchung“ (Eichengreen)
- Europa auf dem Rückzug: Brexit

5. Fazit

- Politische Instrumentalisierung der Währungsunion
ist (vorerst) gescheitert
- Stärkung der bestehenden Integrationsarchitektur:
Zeitkonsistenz und Glaubwürdigkeit
- Regulierung des Bankensektors
- Subsidiarität: Europäischer Mehrwert auch im EU Haushalt

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit

**Prof. Dr. Thiess Büttner
Lehrstuhl für VWL, insb. Finanzwissenschaft
Universität Erlangen-Nürnberg**

thiess.buettner@fau.de

